

Landespolitik, Kommunales

Süddeutsche Zeitung Ausgabe Bayern vom 06.05.2021

Süddeutsche Zeitung
MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

Autor: DIETRICH MITTLER
Seite: 34

Ressort: Bayern
Ausgabe: Süddeutsche Zeitung Bayern

Mehr Impfen, weniger Infektionen

In seiner Regierungserklärung spricht Gesundheitsminister Klaus Holetschek von einer positiven Zäsur in der Pandemie. Die Opposition kritisiert die Corona-Politik

VON DIETRICH MITTLER

München – Im Kampf gegen Corona sieht Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) den Freistaat an einem Wendepunkt angekommen. „Wir können wieder optimistisch nach vorne blicken“, sagte Holetschek in seiner Regierungserklärung im Landtag. Dieser Mittwoch, so der Minister weiter, stelle eine „Zäsur“ dar, „einen Meilenstein“. Es gebe nun Grund zur Zuversicht: Die Infektionszahlen seien rückläufig und zugleich stiegen die Impffzahlen schnell an. In Daten ausgedrückt heißt das: Mittlerweile seien in Bayern 4 964 154 Impfungen verabreicht worden, davon 3 945 272 Erstimpfungen. Auch mit Blick auf aktuell sinkende Inzidenzwerte – jetzt bei 131,1, vergangene Woche noch bei 162,9 – sei es nun möglich, geimpften sowie den von Covid-19 genesenen Menschen „Freiheitsrechte zurückzugeben“.

Mit dieser Formulierung mochte sich Katharina Schulze, die Fraktionsvorsitzende der Landtagsgrünen, nun gar nicht abfinden. „Die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger waren nie weg, sie waren und sind nur teilweise in gewissen Bereichen eingeschränkt. Und diese Einschränkungen heben wir jetzt wieder auf“, sagte sie. Einig sind sich Schulze und Holetschek aber in der Einschätzung, dass die Gefahr, die von Corona ausgeht, längst nicht gebannt ist. „Die dritte Welle ist noch da, wir werden ein Stück weit mit der Pandemie leben müssen“, sagte der

Minister. „Wir sind noch lange nicht über den Berg“, betonte ihrerseits Schulze. Ein Großteil der Bevölkerung sei eben noch nicht geimpft, „und da dürfen wir nicht nachlassen“.

Aus ihrer Sicht, so Schulze, sei die Pandemiebekämpfung der Staatsregierung längst nicht so gut, wie die das immer darstelle. „Im Verkünden sind Sie schnell, im Umsetzen viel zu langsam“, sagte Schulze in Richtung von Ministerpräsident Markus Söder (CSU). Der solle erst mal seine Hausaufgaben machen und offene Fragen klären, bevor er etwas „nach dem Prinzip Windhund“ verkünde – heißt aus Schulzes Blickwinkel: „Schneller und lauter als die anderen Bundesländer, aber wenig Neues.“ Selbst bei flächendeckenden Corona-Tests hapere es, und zudem agiere Bayern viel zu wenig Hand in Hand mit dem Bund. Zu Recht, betonte Beate Merk (CSU) mit Hinweis auf den Lockdown light. „Wir hätten gern im Herbst einen härteren Lockdown durchgesetzt“, sagte sie, um sodann in Richtung der Lockdown- und Maskenpflicht-Kritiker auszuteilen. Der Vorwurf, dass die verantwortlichen Politiker die Absicht gehabt hätten, die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger auf Dauer herunterzufahren, sei „Blödsinn“. Der heutige Tag beweise das Gegenteil – „ein Nachweis für demokratische Glaubwürdigkeit“. Die Abgeordneten der AfD sprachen hingegen von „dumpfer Lockdown-Strategie“. Gegen Kritiker der staatlichen Corona-Politik

werde „der Verfassungsschutz von der Kette gelassen“ – dabei falle diese Politik nur durch „Regeln auf, die keiner mehr versteht“. Auch der FDP-Fraktionsvorsitzende Martin Hagen kritisierte die Einschränkung von Freiheitsrechten. Die Staatsregierung sei „abgekoppelt von der Lebensrealität der Menschen“. Der jetzige Kurswechsel sei vor allem „fallenden Umfragewerten für die CSU“ geschuldet. Fabian Mehring drückte indes als Freier Wähler (FW) seine Genugtuung aus, dass der Koalitionspartner CSU in etlichen Punkten auf den FW-Kurs eingeschwenkt sei. Ruth Waldmann, gesundheitspolitische Sprecherin der Landtags-SPD, warf der Staatsregierung vor, auf voraussehbare Probleme viel zu spät zu reagieren. Sie forderte eine baldige Sonderrimpfkampagne für junge Menschen ab 16 Jahren. Bei diesen sei die Infektionsrate extrem hoch.

Vor der Debatte hatte Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU) das Wort ergriffen. „Während der Pandemie haben Hass und Hetze noch einmal deutlich zugenommen“, sagte sie – bis hin zu „Morddrohungen“. In Einzelfällen sei aus Worten bereits Gewalt geworden, und nur zu oft reagiere die Gesellschaft mit „verantwortungslosem Schweigen“. Sie appelliere daher jetzt an alle Menschen in Bayern, sich dem Hass entgegenzustellen.

Urheberinformation: DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München